

# Hilfe für Gemeinden

Koschyk: Bis Herbst sollen Ergebnisse vorliegen

## **BAYREUTH/BERLIN**

**Im Drama um die Kommunal финанzen soll Städten und Gemeinden rasch geholfen werden, so Hartmut Koschyk (CSU/Bayreuth), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium.**

Was kann der Bund tun? Koschyk verweist auf die Konjunkturstützenden Programme, die in der Krise Schlimmeres verhindert haben. Jetzt gehe es darum, die Gewerbesteuer weiter zu entwickeln oder die Kommunen an anderen Steuern wie Einkommen-, Umsatz- und Körperschaftsteuer stärker zu beteiligen. Die Gewerbesteuer habe sich als sehr konjunkturanfällig erwiesen, die kommunalen Finanzen seien ein Stück konjunkturunabhängiger zu machen. Damit die Kommunen entlastet werden, kooperieren nun alle staatlichen Ebenen sehr eng. Die vom Kabinett eingesetzte Gemeindefinanz-

kommission hat sich gestern konstituiert. Unter Federführung des Bundesfinanzministeriums arbeiten Bundeswirtschafts- und Bundesinnenministerium, vier Länderfinanz- und drei Länderinnenminister sowie die kommunalen Verbände zusammen. Bis Herbst soll ein Ergebnis vorliegen.

Ergebnisoffen führe das Bundesfinanzministerium die Gespräche, so Koschyk. Falsch wäre es nach seinen Worten, über die Gewerbesteuer nicht zu reden, sie abzuschaffen wäre jedoch ebenso ein falscher Ansatz.

Die Folgen, die Bundes- und Europarecht für die kommunalen Haushalte haben, seien zu überprüfen. Oft entstehe dadurch auf der Ausgabenseite eine fatale Dynamik. So sei aufzupassen, dass zum Beispiel die europäische Asylgesetzgebung nicht sehr teure Standards setze. Bundesgesetzgebung, etwa bei der Jugendhilfe, dürfe nicht bei den Landkreisen die Ausgaben geradezu explodieren lassen. egs